



Das WZB in den Medien Nr. 5/2019

16. Januar 2019

Agenturmeldungen

„Analyse: Ausbildung in börsennotierten Unternehmen geht zurück“
Zur Pressemitteilung „Mehr Beschäftigte, weniger Auszubildende“, dpa-Themendienst, 15. Januar 2019

„Gewerkschaftsforscher kritisiert Flughafenstreiks“
Wolfgang Schröder zitiert in: dts Nachrichtenagentur, 14. Januar 2019

Printmedien

„Heute so wichtig wie damals“
Interview mit Wolfgang Merkel in: Frankfurter Neue Presse, 15. Januar 2019

„Von Mondlandung und Klimawandel“
Jeanette Hofmann zitiert in: Kieler Nachrichten, 16. Januar 2019

„Lieber zu Hause bleiben“
Wolfgang Schröder zitiert in: Der Tagesspiegel, 15. Januar 2019

Online-Medien

„Mit sehr gutem Abi sicher zum Wunschstudium? Das war einmal“
Claudia Finger zitiert in: Welt online, 14. Januar 2019

Hörfunk/Fernsehen

„Wut gegen die liberalen Kosmopoliten“
Interview mit Michael Zürn in: Deutschlandfunk Kultur, 15. Januar 2019

Ressort: Vermischtes

Gattung: Agentur-Meldungen

(Z: 1110) Analyse: Ausbildung in börsennotierten Unternehmen geht zurück

Berlin (dpa/tmn) - Die größten börsennotierten Unternehmen bilden weniger Jugendliche aus. Das legt eine Analyse des **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** nahe, für die Ausbildungsaktivitäten von 57 börsennotierten Firmen untersucht wurden. Wie die Auswertung zeigt, blieb die Zahl der Auszubildenden mit etwa 47 000 Azubis pro Jahr von 2007 bis 2013 stabil. Von 2013 bis 2017 sank sie dann

um etwa ein Viertel auf 35 000 Azubis. Insgesamt stellten die Unternehmen aber mehr Mitarbeiter ein.

Als Gründe für die rückläufigen Ausbildungsaktivitäten nennt das WZB zum einen die Verlagerung «von der Werkstatt ins Büro». Demnach steige der Anteil der dual Studierenden an allen Auszubildenden der untersuchten Unternehmen tendenziell. Zum anderen zeigt die Internationalisierung Auswirkungen:

Seit 2007 seien Auszubildende und Studierende der untersuchten Unternehmen zunehmend im Ausland tätig. Ein dritter Grund für die rückläufige Zahl sind dem WZB zufolge branchenspezifische Entwicklungen, wie zum Beispiel die Digitalisierung im direkten Kundengeschäft von Banken oder die Dezentralisierung im Energiesektor.

Wörter: 153

Ort: Berlin

Autor: dts Nachrichtenagentur (Redaktion)
Seite: 1 bis 1

Ressort: Wirtschaft
Gattung: Agentur-Meldungen

Gewerkschaftsforscher kritisiert Flughafenstreiks

Berlin (dts Nachrichtenagentur) - Nach der massiven Ausweitung der Flughafenstreiks zieht Verdi zunehmend Kritik auf sich: Die Arbeitgeber sind empört, doch auch in Gewerkschaftskreisen gibt es Zweifel am Vorgehen Verdis. "Bei großen Tarifkonflikten im Bereich der Daseinsvorsorge mit vielen Betroffenen, verflüchtigt sich sehr schnell das Verständnis der Bevölkerung für die gewerkschaftliche Position", sagte der Sozialwissenschaftler **Wolfgang Schröder** dem "Tagesspie-

gel" (Dienstagsausgabe). "Der Ruf nach einem Eingreifen der Politik - und das kann dann eine Einschränkung des Streikrechts in den Bereichen der Daseinsvorsorge bedeuten - wird schon lauter." Schröder hat einen Lehrstuhl an der Uni Kassel und ist eng verbunden mit der IG Metall, deren Grundsatzabteilung er einige Jahre geleitet hat. "Gewerkschaften müssen beweisen, dass sich kollektives Handeln lohnt", sagte der Gewerkschaftsforscher weiter. Dazu gehöre dann auch "Durchset-

zungsmacht zu zeigen. Und dies kann oder muss durchaus wehtun, sonst lässt sich das Anliegen kaum erfolgreich verfolgen", sagte der Wissenschaftler der Zeitung. Dabei bewege sich Verdi zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite sei die Gewerkschaft "wie andere Gewerkschaften auch in der Defensive, weil sie als Organisation der Arbeitsgestaltung an Einfluss verloren haben". Aus dieser Defensive sollten Warnstreiks wie der aktuelle herausführen.

Wörter: 189
Ort: Berlin

Seite: 3
Ressort: Politik
Rubrik: Mantelteil
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 12.030 (gedruckt) 12.582 (verkauft)
13.235 (verbreitet)
Reichweite: 0,040 (in Mio.)

"Heute so wichtig wie damals"

Interview Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel zur Bedeutung von Rosa Luxemburg

Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg von deutschen Soldaten umgebracht. Auch nach 100 Jahren ist ihr bekanntestes Zitat "Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden" noch aktuell. Gregory Dauber sprach mit dem Politikwissenschaftler Professor Dr. **Wolfgang Merkel** über Luxemburgs Zitat, dessen Bezug zur aktuellen politische Situation in Deutschland und Luxemburgs Bedeutung über ihren Tod hinaus.

Bezog sich Luxemburgs Satz nur auf die damaligen revolutionären Kräfte oder das gesamte politische Spektrum?

WOLFGANG MERKEL: Wie auch immer der historische Kontext gewesen ist, in dem Luxemburg diesen Satz formuliert hat, er hat eine Bedeutung über die Zeit hinaus und ist heute mindestens so wichtig wie damals. Das muss all jenen in Erinnerung gerufen werden, die andere von demokratischen Debatten ausschließen wollen oder gar Gewalt anwenden. Ich trete für eine zeitlose und allgemeingültige Bedeutung dieses Satzes ein. Er tauchte ja auch innerhalb der friedlichen Revolution in der DDR wieder auf. Vieles in Luxemburgs Denken und Biografie spricht zudem dafür, dass der Satz auf die gesamte Gesellschaft gemünzt war.

Die AfD spricht von "Hetze" der Parteien und Medien gegen sich. Gilt für sie nicht auch die Freiheit der Andersdenkenden?

MERKEL: Grundsätzlich gilt Luxemburgs wichtige Aussage für alle. Allerdings wirkt es etwas bizarr, wenn sich eine Partei wie die AfD besonders darauf bezieht, da die AfD in den politischen Debatten im Parlament oder der Gesellschaft keineswegs besonders tolerant auftritt. Die AfD darf sich also sicherlich darauf beziehen, es wirkt allerdings komisch bei Inhalt und Stil ihres Diskursgebabes.

Luxemburg bemängelte, dass den Revolutionären die demokratische Praxis fehle. Gefährdet der Stil der AfD die Demokratie?

MERKEL: Die AfD greift mit ihrem Demokratieverständnis eine wichtige

Dimension der Demokratie an, nämlich die liberale, tolerante und rechtsstaatliche Tradition. Es geht hierbei um Individual- und Gruppenrechte, aber auch um Respekt. Es geht um den fairen Umgang mit "den anderen", besonders Flüchtlingen, Migranten und Andersdenkenden. Hier integriert die AfD nicht, sondern diskriminiert und polarisiert.

Und was ist mit dem Umgang der etablierten Parteien mit der AfD?

MERKEL: Der Umgang der politischen Gegner mit der AfD ist oft auch nicht optimal. Es geht nämlich keineswegs nur um den Umgang mit der Partei und ihren Repräsentanten, sondern vor allem um die mittlerweile breite Schar ihrer Anhänger. Die AfD-Gegner reagieren, oft ebenfalls mit Ausschluss, indem sie AfD-Anhänger für nicht diskursfähig erklären, wenn diese nicht ihre Sprache und Begriffe wählen. Die Anhänger werden dann vorschnell in das Lager der Rassisten, Chauvinisten und Sexisten verbannt. Das mag zwar auf Leute wie Björn Höcke und Alexander Gauland zutreffen, die immer wieder mit rassistischen Tiraden auftreten. Aber das stimmt für einen beachtlichen Teil ihrer Anhänger so nicht. Diese Wähler wird man mit kollektiven Beschimpfungen und Ausgrenzungen nur weiter entfremden.

Welchen Einfluss hat Rosa Luxemburgs Vermächtnis auf das heutige Selbstbild der extremen Linken, die teilweise Gewalt als politisches Mittel akzeptieren?

MERKEL: Man muss zunächst klären, wer die extreme Linke heutzutage über-

haupt ist. Die Linkspartei im Bundestag zählt sicherlich nicht dazu. Wenn wir die außerparlamentarische Linke ansehen, müssen wir unterscheiden zwischen jenen, die glauben, auf der Straße und im Netz mit Protesten wirksam sein zu können, aber Gewalt ablehnen. Und jenen, die Gewalt als legitimes Mittel der Politik betrachten. Das ist eine zentrale Unterscheidung. Ich würde diejenigen, die der Gewalt abschwören, aber radikale linke Positionen vertreten, durchaus im Zirkel des demokratischen Pluralismus ansiedeln. Die anderen grenzen sich jedoch selbst durch ihre Gewaltbereitschaft aus.

Spielte Rosa Luxemburg eine Rolle für die spätere Frauenbewegung?

MERKEL: Luxemburg hat vermutlich mehr Gedanken für die 68er-Bewegung geliefert, obwohl es da auch eher Herbert Marcuse und die Linken der Frankfurter Schule waren. Für die Frauenbewegung selbst hat sie inhaltlich relativ wenig Bedeutung, sie dient dort eher als Galionsfigur. Aus ihren Schriften geht zu wenig Aktuelles für die Gleichberechtigung der Geschlechter von heute hervor.

Hat die SPD ihren Anteil an den Ermordungen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ausreichend aufgearbeitet?

MERKEL: Das spielt heute keine Rolle mehr, seien wir ehrlich. Die Mehrheits-SPD hat 1918/19 keine rühmliche Rolle gespielt. Der revolutionäre Ansturm und dessen Gewalt zu dieser Zeit hat allerdings auch bei der SPD eine repressive Reaktion, als staatstragende Partei eines Übergangsregimes, provoziert. Die pro-

blematischste Figur war in der Partei Gustav Noske als "Volksbeauftragter für Heer und Marine". Für die heutige SPD hat das aber keinerlei Bedeutung mehr. Die SPD hat heute wahrlich andere Probleme.

Karl Liebknecht wurde am selben Tag wie Luxemburg ermordet. Warum spielt er in der heute eine untergeordnete Rolle, obwohl er damals eher die treibende Kraft war?

MERKEL: Ich sehe dafür zwei Gründe.

Erstens, die Schriften Luxemburgs hatten, gerade in Bezug auf die Notwendigkeit der Freiheit und im Gegensatz zu Lenins zentralistischen Vorstellungen, eine größere Langzeitwirkung als die Aufsätze Liebknechts. Zweitens war Rosa Luxemburg eine Frau. Frauen waren politisch nicht, und gesellschaftlich schon gar nicht, gleichberechtigt. Sie war zum einen eine linke Kritikerin bürgerlicher Regierungsformen, zum anderen war sie auch eine Identifikati-

onsfigur für die Frauenwahlrechtsbewegung und insgesamt für die gesellschaftliche Stellung der Frau. Das hat über die Zeiten hinweg sehr viel stärkere Bedeutung gewonnen. Liebknecht war eher ein führender Parteintellectueller des Spartakusbundes und der KPD.

Wörter:

828

Autor: bac [tmt6tvf6n3vxxr910ci1d1b9]
Seite: 14
Ressort: SH
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 30.505 (gedruckt) 35.839 (verkauft)
36.958 (verbreitet)
Reichweite: 0,074 (in Mio.)

Uni-Präsident Prof. Lutz Kipp begrüßte am Dienstagabend rund 500 Gäste zum Jahresempfang

Von Mondlandung und Klimawandel

Kiel. Ein Schlüsselwort prägte den Jahresempfang der Christian-Albrechts-Universität am Dienstagabend: Interfaces. Noch nie gehört? Kein Problem. Uni-Präsident Prof. Lutz Kipp schaffte es, die rund 500 Gäste aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Wissenschaft sofort für diesen Begriff zu begeistern. „Wir müssen die unterschiedlichsten Menschen zusammenbringen“, sagte er. „Unser Ziel ist es, Forscherinnen und Forscher systematisch mit Partnern aus Gesellschaft und Wirtschaft in Projekten zu vernetzen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass neues Wissen entstehen kann und konkrete Lösungen für konkrete Probleme gefunden werden können.“ Diese Philosophie, mit der sich die Kieler Uni um den Titel einer Exzellenz-Universität bewirbt, machte

Kipp an Beispielen von Projekten vom vergangenen Jahr deutlich: die chinesische Mondlandung mit Kieler Technik an Bord, der norddeutsche Wissenschaftspreis zum Thema Klimawandel in der Landwirtschaft oder der Innovationspreis zur Messung von Feinstaub in der Luft. All dies wäre ohne „Interfaces“, den Blick über den Tellerrand, nicht möglich gewesen. Mit Blick auf Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer erwähnte Lutz Kipp auch die Zukunft des Uni-Campus. „In den nächsten zehn bis 15 Jahren nehmen wir ungefähr 500 Millionen Euro in die Hand“, sagte er. „Die Campusentwicklung machen wir zur Stadtentwicklung und umgekehrt.“ So seien für die Universität schwimmende Seminarräume auf dem Kleinen Kiel vorstellbar, die Wissenschaft

unmittelbar in der Stadt erlebbar machen. Als Gastrednerin war die Politikwissenschaftlerin Prof. **Jeanette Hofmann** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung nach Kiel gereist. Sie gilt als Pionierin im Bereich der Netzpolitik und forscht über die Beziehung zwischen Demokratie und Digitalisierung. Gleich vorweg machte sie klar, dass das Internet keine Bedrohung sei. „Wir haben Einfluss auf die Digitalisierung, müssen diesen aber auch nutzen“, sagte sie. „Die Universitäten spielen dabei eine tragende Rolle.“ Medienregulierung, Verbraucherschutz und eine ethische Diskussion seien Ansätze, um den digitalen Wandel demokratisch zu beherrschen und zu steuern.

Autor: Alfons Frese, Heike Jahberg und Rolf Obertreis
Seite: 15
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: Wirtschaft
Weblink: tagesspiegel.de

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 88.933 (gedruckt) 103.811 (verkauft)
 107.697 (verbreitet)
Reichweite: 0,238 (in Mio.)

Lieber zu Hause bleiben

Verdi bestreikt an diesem Dienstag acht Flughäfen, zahlreiche Flüge fallen aus - auch in Berlin. Die Eskalation sorgt für Kritik

Von Alfons Frese, Heike Jahberg und Rolf Obertreis

Berlin/Frankfurt am Main - Wehe dem, der an diesem Dienstag eine Flugreise antreten will: Im Streit um Lohnerhöhungen für das Sicherheitspersonal bestreikt die Gewerkschaft Verdi acht deutsche Flughäfen. Neben Frankfurt am Main sind auch Hamburg, München, Hannover, Bremen, Leipzig, Dresden und Erfurt betroffen. Aber auch an Airports, an denen das Sicherheitspersonal arbeitet, werden Flüge gestrichen. In Berlin-Tegel dürfte nach Schätzung der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg ein Großteil der 110 Flüge auf den Strecken nach Frankfurt am Main und München ausfallen - 52 Verbindungen nach Frankfurt, 58 nach München. Eine gute Nachricht hat Tolksdorf aber doch: „Schönefeld ist nicht betroffen.“

LUFTHANSA STREICHT 500 FLÜGE
 Andere aber umso mehr. Der Flughafenverband ADV rechnet damit, dass am Dienstag 220 000 Passagiere mit Streichungen oder Verspätungen konfrontiert werden. In Frankfurt, dem größten deutschen Flughafen, wurden bereits 470 von 1200 geplanten Flügen annulliert. Dass die Zahl nicht höher ausfällt, liegt daran, dass 60 Prozent der Fluggäste in der Mainmetropole Transitpassagiere sind und den Sicherheitsbereich nicht passieren müssen. Dagegen fallen in Hamburg, Hannover oder Dresden rund 50 Prozent der Verbindungen aus. Wegen des ganztägigen Warnstreiks hat allein die Lufthansa rund 500 Flüge mit einer LH-Flugnummer und damit 40 Prozent aller geplanten Verbindungen gestrichen. Darunter sind 28 Interkontinentalflüge. Die Airline hat ihren Passagieren bereits das kostenfreie Umbuchen auf andere Tage angeboten.
BAHN SETZT ZUSÄTZLICHE ZÜGE EIN

Ein Teil der gestrandeten Fluggäste dürfte am Dienstag auf die Bahn umsteigen. Das Staatsunternehmen will sowohl mehr Züge als auch mehr Mitarbeiter an den Bahnhöfen und in den Reisezentren einsetzen. Zusätzliche Züge beziehungsweise Zugteile werden vor allem von Frankfurt am Main nach Hamburg, Berlin, München und Basel zum Einsatz kommen, sagte eine Sprecherin dem Tagesspiegel. Zwischen Hamburg und Frankfurt werden einzelne Züge um einen zweiten Zugteil verstärkt. Mit Lufthansa und Eurowings hat die Bahn eine Kooperation, Kunden können auf die Schiene umsteigen, müssen sich dazu aber zuvor an die Airline wenden.
KETTE VON STREIKS

Schon in der vergangenen Woche hatte das Sicherheitspersonal auf den Berliner Flughäfen sowie in Köln-Bonn, Düsseldorf und Stuttgart teils ganztägig die Arbeit niedergelegt. Hunderte Flüge wurden gestrichen. Verdi verhandelt zusammen mit der Gewerkschaft DBB Beamtenbund und Tarifunion über eine Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen der rund 23 000 Beschäftigten im Bereich der Sicherheit an deutschen Flughäfen. Verdi fordert bundesweit eine Erhöhung des Stundenlohns im Kontrollbereich auf 20 Euro. Beide Seiten wollen am 23. Januar weiterverhandeln.

TUI VERLEGT ABFLÜGE

Von den Streiks sind nicht nur Fluggastpassagiere, sondern auch Pauschalurlauber betroffen. Der größte deutsche Reiseveranstalter Tui verlegt am Dienstag vier Abflüge von Hannover nach Paderborn und weitere vier von Frankfurt nach Karlsruhe/Baden-Baden, teilte ein Sprecher auf Anfrage dieser Zeitung mit.

WAS KUNDEN BEKOMMEN

Pauschalreisende können allein wegen des Wechsels des Abflugortes den Reisepreis um fünf Prozent mindern, sagte die Reiserechtsexpertin der Verbraucherzentrale Brandenburg, Sabine Fischer-Volk, dem Tagesspiegel. Während sich bei Pauschalreisenden der Veranstalter kümmern muss, sind Flugreisende bei Streiks auf sich allein gestellt. Sie können ihr Ticket zurückgeben und sich das Geld erstatten lassen. Sie können aber auch an der Buchung festhalten und sich auf einen späteren Flug umbuchen lassen. Geht dieser erst am nächsten Tag oder noch später, muss die Airline eine Übernachtungsmöglichkeit samt Transfer bereitstellen. Schadensersatz gibt es nicht, der Streik gilt als außergewöhnlicher Umstand.

KRITIK AN VERDI

Wegen der massiven Ausweitung der Flughafenstreiks zieht Verdi zunehmend Kritik auf sich. Die Arbeitgeber sind empört, doch auch in Gewerkschaftskreisen gibt es Zweifel am Vorgehen Verdis. „Bei großen Tarifkonflikten im Bereich der Daseinsvorsorge mit vielen Betroffenen verflüchtigt sich sehr schnell das Verständnis der Bevölkerung für die gewerkschaftliche Position“, sagte der Sozialwissenschaftler **Wolfgang Schröder** am Montag dem Tagesspiegel. „Der Ruf nach einem Eingreifen der Politik - und das kann dann eine Einschränkung des Streikrechts in den Bereichen der Daseinsvorsorge bedeuten - wird schon lauter.“ Schröder hat einen Lehrstuhl an der Uni Kassel und ist eng verbunden mit der IG Metall, deren Grundsatzabteilung er einige Jahre geleitet hat. „In einer Jamaika-Regierung halte ich eine staatliche Reglementierung des Streikrechts in den Bereichen der Daseinsvorsorge für

wahrscheinlich“, sagt der Wissenschaftler weiter. Das wäre dann im Sinne der Arbeitgeber, die wegen der Warnstreiks an den Flughäfen „zum wiederholten Mal“ betonten, „dass wir einen gesetzlichen Rahmen für das Arbeitskämpfrecht brauchen - das ist die Erwartung der Arbeitgeber an Regierung und Gesetzgeber“.

IST DER AUSSTAND UNANGEMESSEN?

Arbeitskämpfe sollten „natürlich zulässig bleiben“, wie die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) bekräftigte. Sie seien aber „gesellschaftlich und volkswirtschaftlich höchst unerwünscht und dürfen daher immer nur das letzte Mittel der Auseinandersetzung sein“.

Für den Bundesverband der Luftverkehrswirtschaft wird mit den neuen Pro-

testen „das Instrument des Warnstreiks ad absurdum geführt“. Von einem Warnstreik könne man bei der Dimension nicht mehr sprechen, die Arbeitsniederlegungen an acht Flughäfen seien „völlig unverhältnismäßig“. Spätestens mit diesem dritten Ausstand binnen zehn Tagen „wird der Bogen maßlos überspannt“, empörte sich der Bundesverband der Tourismuswirtschaft. Der Tarifkonflikt einer einzelnen Berufsgruppe werde „auf dem Rücken von Hunderttausenden Passagieren, den Luftverkehrsbetrieben und vielen weiteren Unternehmen der deutschen Tourismuswirtschaft ausgetragen“.

GRATWANDERUNG

Verdi bewege sich zwischen zwei Polen, betont Gewerkschaftsforscher Wolfgang Schröder. Auf der einen Seite sei die Gewerkschaft „wie andere Gewerk-

schaften auch in der Defensive, weil sie als Organisation der Arbeitsgestaltung an Einfluss verloren haben“. Aus dieser Defensive sollten Warnstreiks herausführen. „Auf der anderen Seite müssen Gewerkschaften berechenbar, verlässlich und regelkonform agieren, um die Sozialpartnerschaft nicht zu gefährden“, so Schröder weiter. „Es darf nicht zu einer überzogenen Demonstration von Mächtigkeit einer Gruppe kommen, die über eine spezielle Macht verfügt.“

Meinungsseite

Nadelöhr: Nicht nur am Flughafen Frankfurt gibt es oft lange Schlangen bei der Sicherheitskontrolle. An diesem Dienstag ist das anders. Die Mitarbeiter dort streiken. Sich anzustellen, bringt nichts. Foto: Andreas Arnold/dpa

Wörter:

930

Urheberinformation:

Tagesspiegel

Deutschlandfunk Kultur – Interview

15.01.2019 08:09 Uhr

URL dieser Seite: https://www.deutschlandfunkkultur.de/brexit-als-symptom-wut-gegen-die-liberalen-kosmopoliten.1008.de.html?dram:article_id=438363

BREXIT ALS SYMPTOM

"Wut gegen die liberalen Kosmopoliten"

Michael Zürn im Gespräch mit Stephan Karkowsky



"Leave Means Leave": Demonstrantin am Tag der Abstimmung über den Brexit-Deal vor dem britischen Unterhaus in London (picture alliance / empics / Yui Mok / PA Wire)

Die großen Konfliktlinien des 20. Jahrhunderts, zwischen Kapital und Arbeit, lösten sich auf, sagt der Politikwissenschaftler Michael Zürn. Das zeige sich auch in Großbritannien, wo Hardcore-Brexiters auf Euroskeptiker in der Labour-Partei trafen.

Stephan Karkowsky: Die Europäische Union starrt heute auf London wie das sprichwörtliche Kaninchen auf die Schlange. Wird noch ein Wunder passieren? Sind die Abgeordneten womöglich heute Morgen aufgewacht als Befürworter des Brexit-Deals? Eigentlich glaubt niemand daran. Wie es so weit kommen konnte, das möchte ich mit dem Politikwissenschaftler Michael Zürn besprechen, Professor für Internationale Beziehungen an der Freien Universität und Leiter der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin. Guten Morgen, Herr Zürn!

Michael Zürn: Wunderschönen Morgen!

Karkowsky: Wenn das heute Abend schief geht mit der Abstimmung über den Brexit-Vertrag im britischen Parlament, und es sieht ja alles danach aus, ist das für Sie schlicht Politikversagen, oder steckt mehr dahinter?

Zürn: Es steckt mehr dahinter. Wir sehen ja nicht nur in Großbritannien, sondern überall in Europa, dass das Aufkommen einer Bewegung, einer starken Bewegung, die traurigerweise immer stärker zu werden scheint, von Gruppierungen, die gegen die sogenannten korrupten liberalen Eliten sich wenden, die sich gegen offene Grenzen wenden, die sich gegen europäische und internationale Institutionen wenden.

Das ist die Gemeinsamkeit von vielen der rechtspopulistischen Parteien, und das ist eine grundsätzliche Programmatik, die einen großen Teil des Brexit-Programms auch betreibt. Wobei allerdings natürlich das sich in Großbritannien etwas

anders darstellt, weil es ja dort durch eine Mehrheitspartei, durch die konservative Partei gehen muss, weil es ein Mehrheitswahlrecht ist und deswegen kleine Parteien nicht in derselben Weise als weitere, zusätzliche Parteien aufkommen können wie die AfD in Deutschland. Es ist also über die konservative Partei gegangen, aber dahinter steckt eine ganz ähnliche Auseinandersetzung, wie wir sie in anderen Teilen Europas auch sehen.

"Kosten werden sehr weitreichend sein"

Karkowsky: Als Sie vor 20 Jahren Ihr Buch veröffentlichten, "Regieren jenseits des Nationalstaats", da haben Sie Globalisierung und Denationalisierung noch als Chance beschrieben. War Ihnen damals schon klar, das kann auch schief gehen?

Zürn: Das ist natürlich immer schwierig, auf so eine Frage zu antworten. Ich würde jetzt schon in Anspruch nehmen, dass sozusagen diese Analyse damals genau auf entstehende Konflikte und Schwierigkeiten, die mit der Globalisierung verbunden sind, auch hingewiesen hat. Dass aber umgekehrt die Globalisierung viele Chancen erbracht hat und viele Möglichkeiten erbracht hat, kann man ja in gewisser Weise auch daran sehen, was es jetzt wohl möglicherweise bedeuten würde für Großbritannien, wenn der Brexit zustande kommt, wenn er möglicherweise gar in einer Art und Weise zustande kommt, also die Abkoppelung von Europa strikt betrieben wird, dann werden die Kosten für die britische Ökonomie, nicht nur für die britische Ökonomie, für die britische Gesellschaft, für die britischen Universitäten, für viele Teile sehr, sehr weitreichend sein. Und wir werden dann sehen, wie Großbritannien in fünf Jahren dasteht.

Karkowsky: Dann geht also der Riss in der Gesellschaft nicht mehr zwischen links und rechts, sondern tatsächlich zwischen Menschen, die eine weltoffene, globalisierte, internationale Welt wollen, und denen, die lieber auf der eigenen Scholle fischen?

Zürn: Es spricht manches dafür, dass die große Konfliktlinie des 20. Jahrhunderts, also zwischen Kapital und Arbeit, zwischen links und rechts, ersetzt wird durch eine, wo es im Kern um drei Fragen geht. Eben um die Frage Individualrechte, liberale Individualrechte versus Mehrheitswillen einer Nation, wo es um die Frage geht, offene versus geschlossene Grenzen, und vor allem natürlich auch um die Frage geht, dürfen nur nationale Institutionen entscheiden, oder haben da auch Institutionen in Europa oder gar globale, also internationale Institutionen eine Rolle zu spielen. Das "America first", "Taking control back again" greift genau diese Idee auf, dass die Entscheidungen wieder zurückgeholt werden sollen in die Nationalstaaten.

"Hohes Maß an Euroskeptizismus in Labour-Partei"

Karkowsky: Sind denn in Großbritannien im Prinzip dieselben Mechanismen am Werk wie in Frankreich, wo Didier Eribon ja zum Beispiel packend beschrieben hat, warum ehemalige Kommunisten nun Front National wählen?

Zürn: In gewisser Weise ja. Ich meine, was wir bei den Gelbwesten beobachten, ist ja, dass es zum ersten Mal überhaupt nicht mehr unterscheidbar ist, ob das nun sozusagen Unterstützer von Mélenchon oder Unterstützer von Le Pen sind. Und ganz ähnlich haben wir natürlich eine Konstellation, dass das Zusammenwirken von einigen Hardcore-Brexiters in der konservativen Partei mit eben einem hohen Maß an Euroskeptizismus in der Labour-Partei zusammentreffen, und die eben dann auch da in gewissem Maße hinter dieser Bewegung für einen Brexit stehen.

Karkowsky: Wie sehr trifft denn diese Analyse auch auf Deutschland und die AfD zu, vor allem den Anti-EU-Parteitag am Wochenende? Da klingt es ja so, als wäre der AfD-Vorschlag, das EU-Parlament aufzulösen, für heimatverbundene Nicht-Kosmopoliten völlig logisch.

Zürn: So ist es. Das ist eine durchgehende Gemeinsamkeit all dieser Bewegungen, dass diese Heimatverbundenheit und die Wut gegen die liberalen Kosmopoliten dazu führt, dass all diese Institutionen abgelehnt werden. Das wird häufig im Namen der Demokratie gefordert, weil die Entscheidung wieder zurückgeholt werden sollen zu den Menschen. Allerdings übersieht sie natürlich, dass gerade in einer globalisierten Welt viele der Entscheidungen, die auf der internationalen Ebene getroffen werden, auch aus demokratischen Gründen auf der internationalen Ebene getroffen werden müssen, weil nämlich alle davon betroffen sind. Wenn die Deutschen irgendwelche Entscheidungen treffen, die dazu führen, dass in Griechenland Austeritätspolitik stattfinden, dann heißt das natürlich auch, irgendwo müssen wir auch Institutionen

haben, bei denen Griechenland mitwirken kann.

"Selbstmord aus Angst vor dem Tod"

Karkowsky: Nun gibt es ja schon Aussagen von Linken wie Sahra Wagenknecht oder von Grünen wie Boris Palmer, AfD-Wähler zurückgewinnen zu wollen. Was müssten denn die etablierten Parteien den Protestwählern anbieten, damit die nicht am Ende Elefanten zu Vorsitzenden des globalen Porzellanladens wählen, wie in den USA?

Zürn: Es gibt natürlich eine Tendenz, für die unter anderem in gewisser Weise auch Frau Wagenknecht steht, zu sagen, wir müssen teilweise Ideen und die Positionen dieser Parteien übernehmen. Mir kommt das so ein bisschen vor wie der Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Ich denke vielmehr, dass es eben notwendig ist, jetzt den zweiten, weiteren Schritt zu gehen, nämlich tatsächlich sich dafür einzusetzen, diese Institutionen, diese europäischen Institutionen zu ändern in einer Art und Weise, dass es dort mehr politischen Wettbewerb gibt, mehr Transparenz gibt, mehr Möglichkeit der politischen Auseinandersetzung.

Dass bei Europawahlen tatsächlich auch eine Wahl getroffen wird, die sich dann mit einem bestimmten politischen Programm auf der europäischen Ebene verbindet. Es geht letztendlich um die Demokratisierung der europäischen und internationalen Institutionen. Nur dann kann es langfristig gelingen, diesen Institutionen das Maß an Legitimität zukommen zu lassen, das sie benötigen, um das zu tun, was sie tun müssen.

Karkowsky: Das Brexit-Dilemma als Beispiel für den neuen gesellschaftlichen Graben. Wir sprachen darüber mit dem Berliner Politikwissenschaftler Michael Zürn. Herr Zürn, besten Dank!

Zürn: Herzlichen Dank!

Mehr zum Thema

Literatur, Musik, Film - Der Brexit als Inspiration [https://www.deutschlandfunkkultur.de/literatur-musik-film-der-brexit-als-inspiration.2156.de.html?dram:article_id=437811]

(Deutschlandfunk Kultur, Kompressor, 8.1.2019)

Fragen an den Soziologen Hartmut Rosa - Woher kommt eigentlich die Wut der Wutbürger?

[https://www.deutschlandfunkkultur.de/fragen-an-den-soziologen-hartmut-rosa-woher-kommt.990.de.html?dram:article_id=437565]

(Deutschlandfunk Kultur, Tacheles, 5.1.2019)

Philip Manow: "Die Politische Ökonomie des Populismus" - Von der Angst, den eigenen Status einzubüßen

[https://www.deutschlandfunkkultur.de/philip-manow-die-politische-oekonomie-des-populismus-von.1270.de.html?dram:article_id=436873]

(Deutschlandfunk Kultur, Lesart, 27.12.2018)

Entdecken Sie Deutschlandfunk Kultur

- Programm
 - [Vor und Rückschau](#)
 - [Alle Sendungen](#)
 - [Kulturnachrichten](#)
 - [Multimedia-Dossiers](#)
 - [Heute neu](#)
- Hören
 - [Mediathek](#)
 - [Podcast](#)